GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XI. MAI / MAI / MAI 1933. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 5

Briefwechsel in der Angelegenheit der Satmarer Assimilierten.

An Herrn Doktor Georg Schmidt Rohr
Frankfurt-Oder.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Bereitwillig komme ich Ihrem Wunsche nach, Ihre Antwort auf meinen Brief, der in der Januarnummer meiner Zeitschrift erschien, im Wortlaut zu veröffentlichen.

Ich tue dies umso williger, da ich denke, es schadet nicht, wenn je weitere Kreise je öfter zu Gehör bekommen, wie sehr das harmonische Verhältnis zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk durch Vorgänge gestört wird, wie dies im Satmargebiet der Fall ist. Besonders gegenwärtig, da der bedauerliche Fall Bleyer ein neues Hindernis zwischen deutsche und ungarische Seelen stellt, halte ich es für aktuell, den Ernst der Satmarer Frage zu betonen.

Demzufolge werden Sie es nicht übelnehmen, wenn ich zu Ihren werten Zeilen meine Bemerkungen füge und zuerst auf den letzten Teil Ihres Schreibens reflektiere.

Ihr Schreiben lautet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Doktor!

Die besondere Bewunderung, die ich für das ungarische Volk habe, das aus dem Zusammenbruch des Weltkrieges sich so schnell aufraffte zur Besinnung auf sein Volkstum und seine nationalen Pflichten, lässt es mich lebhaft wünschen, die Beziehungen meines deutschen Volkes gerade zum edlen ungarischen möchten recht bald an allen Orten offen, freundlich, ja herzlich werden. In dieser Einstellung danke ich Ihnen dafür, dass Sie mir die Gelegenheit geben, in der Stimme der Minderheiten auf Ihren offenen Brief zu antworten.

Ich möchte zunächst vorweg nehmen, dass ich der freundlichen Einladung zu einem Besuch des Satmargebietes gern Folge leisten werde, sobald ich nur dazu Gelegenheit finde. Nur möchte ich meine Antwort nicht bis dahin verschieben. Meine Stellungnahme zu den von Ihnen angeschnittenen Fragen kann also nur eine mehr grundsätzliche sein, weil meine Kenntnis der besonderen Satmarer Verhältnisse sich auf das beschränkt, was ich gelegentlich in der Literatur darüber las oder im Gespräch von Kennern dieses Gebietes hörte.

Sie zitieren aus meinem Buch eine Stelle, in der ich es als schädlich und verwerflich bezeichne, wenn einer sprachlichen Minderheit mit Gewalt eine fremde Sprache aufgezwungen wird und zu dieser meiner grundsätzlichen Feststellung stehe ich nach wie vor. Ich habe aber in dem gleichen Abschnitt (Seite 196) auch gesagt, dass der freiwillige Wechsel der Sprache nicht durch den Staat oder seine Vertreter gehindert werden dürfte. Grundsätzlich sollte der Wille der Eltern massgeblich sein für die Wahl der Schul- und Kirchensprache der Kinder, der Hochsprache, in die die Kinder hineinwachsen sollen. Und in dieser Beziehung scheint mir die Lage in Satmar eine andere zu sein, als die in Südtirol, die ich als Beispiel einer besonders volksschädlichen Form erzwungener Zweisprachigkeit gebe.

Zwei Punkte scheinen mir von grundsätzlicher Wichtigkeit. Erstens, ob die Assimilierung eines Volkstums so viele Jahrhunderte zurück liegt, dass die Erinnerung an die frühere Volkszugehörigkeit erloschen ist, oder ob sie erst vor wenigen Generationen erfolgte. Und zweitens ob sie unter starkem Druck oder freiwillig geschehen ist.

Ich bin, wie schon gesagt, nie im Satmargebiet gewesen, glaube aber, dass unter den obigen beiden grundsätzlichen Gesichtspunkten gesehen, ein wesentlicher Unterschied zwischen den Südtiroler Deutschen und den Satmarer „Ungarn" besteht. Die Südtiroler sind Deutsche, seit es ein deutsches Volkstum gibt. Sie sollen unter Anwendung härtesten Zwanges in die italienische Sprache hineingewaltigt werden. Die Satmarer Schwaben sind ein deutscher Stamm, wie diese Südtiroler, sie wurden erst *vor wenigen Jahrzehnten* magyarisiert und wollen nun *aus eigenem Antrieb* zur Sprache ihrer Vorväter zurückkehren.

Dass diese meine Einschätzung der grundsätzlichen Lage

der Satmarer Schwaben richtig ist, entnehme ich erstens Ihrem eigenen Urteil. Sie schreiben, dass die in Rede stehenden Bevölkerungsgruppen „der Abstammung nach zweifellos Deutsche sind." Zweitens schliesse ich das aus mancherlei Berichten, so etwa schreibt Wieser in *Nation und Staat* Dezember 1929, dass das Bewusstsein schwäbischer Abkunft in Satmar noch sehr lebendig ist. Rasse-Magyaren und sprachlich ungarische Schwaben heirateten fast nie untereinander, Sitte und Wirtschaftsform sind erhalten geblieben. Vor 50 Jahren war die Magyarisierung erst soweit gefördert, dass erst in sieben Gemeinden die Kenntnis der deutschen Sprache nachliess, und sie ist auch heute keineswegs vollendet. Es gibt Dörfer, wie z. B. Scheindorf, die fast noch garnicht magyarisiert sind, andere sind in Übergangszuständen. Andere haben stark ihre deutsche Mundart verloren.

Dass das Schwabenbewusstsein aber, getragen von Dorf und Familien-Überlieferungen, Sitte, Rechtsanschauungen, Nichtgewährung von Connubium auch dort noch eine lebendige Kraft sein kann, beweist ein Vorfall, von dem ich erfuhr: Unmittelbar nach Beginn der rumänischen Herrschaft und der Entstehung der deutschen Bewegung kam zu Dr. Winter-Hofen eine Deputation aus Maitingen und sagte: „Gebt uns deutsche Lehrer!" Auf die Frage, ob das Dorf nicht bereits sprachlich magyarisiert sei, erfolgt die Antwort: „Ja, aber wir sind doch Schwaben, und so wie uns das Ungarische in der Schule beigebracht wurde, sollen unsere Kinder wieder deutsch lernen und ganz deutsch werden." Mir erzählte ein reichsdeutscher Beobachter, in Schinal habe er etwa vor 10 Jahren in einem Hofe drei Generationen getroffen, die Grossmutter, die nur deutsch sprechen konnte, die doppelsprachige nächste Generation und schliesslich Enkel, von denen der älteste nur ungarisch sprach, die jüngsten Kinder aber wieder deutsch.

In Josefhausen spricht die deutschstämmige katholische Bevölkerung zwar in der dritten Generation magyarisch, sie ist sich aber ihrer Abstammung noch voll bewusst. Die rumänische Regierung hatte vor einigen Jahren die magyarische konfessionelle Volksschule schliessen lassen und für die Schwaben eine deutsche Sektion an der Staatsschule eröffnet. Die Bevölkerung hatte diese Schule abgelehnt und wird heute wieder magyarisch unterrichtet. Dieser Tatbestand erscheint jedoch in einem anderen Licht, wenn man erfährt, dass wenige Jahre

vorher eine schwäbische, sprachlich ebenso magyarische Nachbargemeinde den deutschen Unterricht hatte fordern wollen und nur im letzten Augenblick durch den Geistlichen an diesem Schritt gehindert wurde.

Wie sind ferner die nachstehend genannten Fälle zu verstehen? Bis vor kurzem wurde der Gottesdienst der Gemeinde Natartsch, in der die meisten Leute nur deutsch sprechen und verstehen, in magyarischer Sprache gehalten.

Vor einigen Jahren wurde der Kantor der zur Kirchengemeinde Petri gehörenden Tochtergemeinde Beschened seines Amtes entsetzt, weil er gegen den Befehl seiner Geistlichen, aber auf Wunsch seiner rein schwäbischen Gemeinde im Gottesdienst deutsch sang. Der Kantor ist heute zwar wieder eingesetzt, er muss aber magyarisch singen, während er in der Schule dieselben Kinder deutsch unterrichtet und die Kinder im Elternhaus in ihrer schwäbischen Muttersprache reden.

In vielen Gemeinden hören die Kinder im Elternhaus nur oder vorwiegend die schwäbische Muttersprache, sie erlernen das Magyarische erst in der Schule und im Religionsunterricht, weil ihnen, die die ersten Gebete nur in ihrer Muttersprache gehört haben, der Gottesdienst in magyarischer Sprache gehalten wird.

Der frühere rumänische Minister für Minderheiten Ghiţa Pop stellte bei dem Besuch einer Schule fest, dass die Kinder in der konfessionellen „deutschen" Volksschule am besten magyarisch, weniger gut deutsch und nur wenig rumänisch sprachen; er nahm daher an, dass die Kinder im Elternhause das Magyarische erlernen. Um so erstaunter war er, als er bemerken musste, dass die Kinder im Kindergarten kaum ein Wort magyarisch verstanden, dass also die vorher beobachtete Kenntnis des Magyarischen auf der Arbeit der Schule beruhte.

Zu denken gibt mir auch die Mitteilung, dass selbst dort, wo die heutige Generation kaum noch schwäbisch spricht, deutsche Gebete und deutsche Kirchenlieder, denen alle noch in ihrer Jugend andächtig gelauscht hatten, auch heute noch die heiligste Andacht und Ergriffenheit auslösen.

Oder folgendes: Als Bischof Fiedler einer schwäbischen Abordnung, die um die deutsche Predigt bat, zu erklären suchte, dass sie ja der deutschen Predigt garnicht zu folgen vermöchten, da meinten die Leute ehrlich, das möge anfangs schon so

sein, aber sie würden es lernen, immer besser lernen, noch leichter als sie das Magyarische erlernt hatten. So wach ist noch das Bewusstsein, dass das Magyarische erst „erlernt" wurde.

Diese Tatbestände, für die ein besserer Kenner der Verhältnisse, als ich es bin, gewiss noch mehr Beispiele geben könnte, zeigen also, dass in zweierlei Beziehung die Lage in Satmar eine andere ist, als in Südtirol. Erstens will in Satmar eine Bevölkerung zurückgehen zur *Sprache ihrer Vorväter*, in Südtirol hingegen soll eine Bevölkerung, die seit tausend Jahren deutsch ist, eine *fremde Sprache* erlernen. Zweitens *wünscht* in Satmar die Bevölkerung, die zur Sprache der Vorväter zurückkehrt, in wesentlichen Teilen diesen Wechsel. In Südtirol wird sie in härtestem Terror zu diesem Wechsel *gezwungen*. Wo das Schicksal der Zweisprachigkeit freiwillig und mit der Absicht übernommen wird, den Vorvätern die Treue zu wahren, kann ich dieses Treuebekenntnis zum Volkstum nur mit grosser Achtung begrüssen, gleichgültig, um welche Nationalität es sich handelt.

Etwas ganz anderes aber ist es, wenn der Staat oder die Kirche eine Bevölkerung gegen ihren Willen in ein fremdes Sprachentum und damit in ein fremdes Seelentum hinein vergewaltigen. Selbst das scheint zum Teil auch heute noch im Satmargebiet der Fall zu sein, wie ich schon erwähnte. (Gemeinde Natartsch, Beschened.) Zweifellos aber war das der Fall, als die Satmarer Schwaben magyarisiert wurden und zweifellos befinden sich heute noch viele der Deutschen im heutigen Ungarn in dieser Lage, wie ich aus eigener Anschauung weiss.

Es befremdet mich daher, wenn Sie nicht die Gelegenheit wahrnehmen, gegen die frühere und jetzige sprachliche Vergewaltigung einer Bevölkerung Stellung nehmen, die seit Beginn der deutschen Geschichte deutsch ist, während Sie die freiwillig übernommene „Zweisprachigkeit" einer Bevölkerung, die sich auf sich selbst besinnt in Berufung auf mein Buch so hart verurteilen, trotzdem ich doch ganz nachdrücklich für die Freiheit in der Wahl der Schulsprache eintrete. Wenn halb entdeutschtes Volkstum zu sich selbst kommt und wieder voller deutsch werden will, so kann das doch nicht in annähernd gleichem Masse ein Verbrechen sein, wie wenn eine rein deutsche Bevölkerung mit Gewalt magyarisiert wurde oder magyarisiert wird. Zur Anklage der freiwillig übernommenen Zweisprachigkeit

scheinen Sie mir, wenn überhaupt, erst dann ein Recht zu haben, wenn Sie gegen diese gewaltsam erzwungene Zweisprachigkeit, die ohne Zweifel sehr viel schlimmer ist, mit Nachdruck aufgetreten sind.

Sie erwähnen, dass man in der deutschen Fachliteratur die Klage beobachten könne, in Ungarn gäbe es noch immer zu wenig Schulen mit ausschliesslich deutscher Unterrichtssprache. Das ist sehr euphemistisch ausgedrückt und verschleiert die geradezu katastrophalen Verhältnisse. In Ungarn ist das ganze Volksschulwesen mit wenigen Ausnahmen, die sich fast ausschliesslich entlang des Burgenlandes befinden, vollständig magyarisiert und für die Jugend zum guten Teil auch die Kirche. Von Lehrerbildungsanstalten, mittleren und höheren Schulen keine Spur! Dazu kommen die rein magyarischen Kindergärten und die magyarische Jungmannschaftserziehung. Mit einem Wort: Hier werden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt neue „Satmarer Gebiete" geschaffen. Nach der ungarischen amtlichen Statistik wurden von 1920 – 1930: 73.000 Deutsche entnationalisiert, wozu noch der Geburtenüberschuss von 40.000 Deutschen kommt. In zehn Jahren sollen also zumindest zehnmal so viel Deutsche in Ungarn verloren gegangen sein, als magyarisierte Deutsche in Satmar regermanisiert werden sollen. Falls das, was in Satmar von deutscher Seite geschieht, ein Verbrechen ist, was ich entschieden bestreite, so ist dieses ein zehnfaches Verbrechen, was ungarischerseits gegen das Deutschtum in Ungarn begangen wird.

Ich muss in diesem Zusammenhang bekennen, dass es mir nicht verständlich ist, dass Sie, sehr geehrter Herr Doktor, diese Vergleichslage nicht sehen oder doch sehen und entschuldigen. Sie tun dieses, indem Sie die ungarische Politik gegenüber dem deutschen Schulwesen damit rechtfertigen, dass es ausserhalb des heutigen Ungarn im Satmargebiet Deutsche imperialistischen Geistes gäbe. Es ist mir nicht verständlich, welchem Imperium der von Ihnen beanstandete Geist der Satmarer Deutschen zugewandt sein sollte und wieso im Zusammenhange mit dem Aufrechterhalten oder Heimkehren zur angestammten Muttersprache überhaupt von Imperialismus die Rede sein kann.

Ich habe in meinem Buch wiederholt die Ansicht vertreten, dass eine wirkliche Befriedigung der Erde erst dann erreicht werden kann, wenn jedes Volk den nationalen Selbstbehauptungswillen des anderen achten gelernt hat. Erst auf solche

Achtung der Völker voreinander lässt sich ein gesundes politisches Lebensverhältnis der Staaten gründen. Ich wünsche ganz besonders, das gegenseitige Achtungsverhältnis zwischen Deutschen und Ungarn möchte recht bald auf beiden Seiten bis in den gerechten Willen hineinwachsen, dass jede der Volksgruppen der anderen die kulturelle Selbstbehauptung gewährleistet. Wenn unser Gespräch ein Schritt auf dem Wege dieser Entwicklung wäre, würde mich das sehr freuen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Dr. Georg Schmidt-Rohr.

*

Sehr geehrter Herr Doktor!

Da auch ich vom selbem Wunsche durchdrungen bin, welchen Sie in den letzten Zeilen Ihres Briefes zum Ausdruck bringen, teile ich Ihnen voll Aufrichtigkeit folgendes mit:

Als einer der ständigen Vertreter der ungarischen Minderheit Rumäniens an den Minderheitskongressen, bringe ich dem Schicksal jeder Minderheit naturgemäss grosses Interesse entgegen. Selbstverständlich interressiert mich in erster Reihe das Los der ungarländischen Minderheiten, denn die Behandlung, die man denen angedeihen lässt, ist auch von nicht geringer Auswirkung für uns. Einerseits erregt die Lage der ungarländischen Minderheiten unseren Neid, andererseits bemerken wir, dass in kultureller Hinsicht die deutsche Minderheit Ungarns noch berechtigte Ansprüche erheben kann, deren Gewährung wir freudig begrüssen würden. Voll Neid beobachten wir die Rechtsgleichheit, deren jeder Deutsche teilhaftig wird, wir beneiden die Geltungsmöglichkeit, womit jeder Deutsche sich bis zu den höchsten öffentlichen Stellen durchsetzen kann und das Sicherheitsgefühl, dass ihr wirtschaftlicher Fortschritt niemals durch ihre Minderheitslage beeinträchtigt wird. Kann dies nicht etwa jeder Minderheitler des heutigen Deutschland auch beneiden?

Mit Bedauern stellen wir aber fest, dass wir selbst in den schwerwiegendsten deutschen Fachblättern keinen einzigen Artikel wahrnehmen konnten, der Vergleiche angestellt hätte zwischen der Lage der deutschen Minderheit in der obengenannten Beziehung in Ungarn und in den Nachfolgestaaten. Herr Doktor würden mich sehr zu Dank verpflichten, könnten Sie mir einige Artikel diesen Inhaltes in „Nation und Staat", oder in „Der Auslanddeutsche", oder in „Volk und Reich", oder in

„Grenzland", oder in irgendeiner anderen Zeitschrift anführen. Demgegenüber finden wir in diesen Blättern die gesteigerten Kulturansprüche ständig an der Tagesordnung, sowie Fälle verallgemeinert, wie zum Beispiel der Fall des Apothekers Török, vielleicht auch ohne objektive Beurteilung des Tatbestandes, ein Vorgehen, welches meiner Ansicht nach nur geeignet ist, die ungarische öffentliche Meinung hinsichtlich der Kulturansprüche noch zurückhaltender zu machen.

Vor einigen Jahren verbrachte ich eine ganze Nacht in Meinungsaustausch in der Wohnung des Herrn Prof. Bleyer, um die Lage der deutschen Minderheit in Ungarn genau kennen zu lernen. Damals sagten jene Herren, mit denen ich die Ehre hatte zu verhandeln, alle ausdrücklich aus, die Rechtsgleichheit, die Möglichkeit wirtschaftlichen Gedeihens stünden ihnen vollkommen zur Verfügung, bloss auf kulturellem Gebiet hätten sie allein unerfüllte Forderungen. Damals war noch Graf Stefan Bethlen Ministerpräsident in Ungarn, mit dem ich acht Jahre gemeinsam im ungarischen Parlamente sass. Vielleicht hätte ich bei Gelegenheit meinen gewesenen Kollegen aufsuchen können, um bei ihm Fürsprecher dieser kulturellen Wünsche zu sein. Ich fühlte jedoch, dass mir dazu die moralische Berechtigung solange nicht gegeben ist, bis bei uns im Satmargebiet das Vorgehen einiger bezahlten Faktoren nicht nur unter dem hiesigen Ungartum, sondern im gesamten Ungartum begreifliche Erbitterung auslöst. Diese Auffassung brachte ich Herrn Prof. Bleyer und den übrigen deutschen Führern zur Kenntnis mit dem Bemerken, dass wir Führer der ungarischen Minderheit in Rumänien vor der ungarischen öffentlichen Meinung nur dann die Kulturansprüche der Deutschen Ungarns befürworten können, wenn die Deutschen im Satmargebiet jene Politik einstellen, welche Richard Csaki mit den klassischen Worten verkündete: „An uns liegt es, diesen wunderbaren Vorgang sorgsam zu pflegen, *das grosse deutsche Volk wird den Zuwachs an etwa 50.000 Seelen als Frucht einheimsen.*»

Sehen Sie, sehr geehrter Herr Doktor, diese Sucht zum «*Einheimsen*» verbittert uns und dies ist, was wir vom universellen Minderheitsstandpunkt für verwerflich halten.

Und nun noch einige Bemerkungen zu Ihren geschätzten Zeilen.

Vor Allem stelle ich fest, dass ich, als mein offener Brief

zu Ihnen ging, der Meinung war, ich befände mich einem mit pädagogischen Prinzipien vollends durchdrungenen Manne gegenüber, den keinerlei Gesichtspunkt vom pädagogisch richtigen Prinzip abwenden kann. Ihren Zeilen entnehme ich aber, dass Sie gerne Ihre pädagogischen Prinzipien den nationalpolitischen unterordnen. Eine Weile kämpfte in Ihnen der Pädagoge mit dem Politiker, als Sie den Brief verfassten, darum suchten Sie den Ausweg, für richtig zu finden, dass Kinder, deren Muttersprache eine ganz andere ist, als die Sprache ihrer Ahnen war, in einer ihnen unbekannten Sprache unterrichtet werden können, wenn die Rückkehr zu dieser Ahnen-Sprache *auf Wunsch der betreffenden* geschieht. Nun dies ist es, worüber wir noch sprechen müssten. Wenn Herr Doktor das Satmargebiet besuchen und in Gesellschaft des Herrn Winter-Hofen, oder einer anderen bezahlten Person dort Umschau halten, ohne Kenntnis der ungarischen Sprache, so werden Sie wirklich den Eindruck gewinnen, dass wir ungarische Führer Lügner und Imperialisten sind. Denn unbestreitbar sind dort noch heute Gemeinden ganz deutschen Geistes und deutscher Mundart und Gemeinden mit teilweise deutscher Bevölkerung, die diese Sprache bewahren wollen. Dies haben wir niemals bestritten und wollten auch niemals, dass in diesen ungarisch unterrichtet werde. Den deutschen Unterricht fanden wir in diesen Gemeinden ebenso natürlich, wie in den deutschen Gemeinden des Banates. Wir verwahren uns nur davor, dass in jenen Gemeinden, deren Bevölkerung ganz magyarisiert ist, *wo die deutsche Sprache nicht nur nicht gewünscht wird, sondern gegen deren Einführung wiederholt und mit Bestimmtheit Einsprache erhoben wurde, dort einige bezahlte Leute hergenommen wurden um Gesuche einzureichen, worauf dann die rumänischen Behörden Eltern und Kindern mit ungarischer Sprache Schulen aufzwingen, worin «der Unterricht ein Verbrechen am Kinde wird.»*

Gegen diese „Einheimsungs"-Politik protestieren wir politische Führer der ungarischen Minderheit und verwahren sich unsere Pädagogen von demselben Standpunkt aus, den Sie in Ihrem Werk so grossartig vertreten.

Und sollten Sie tatsächlich das Satmargebiet besuchen, so tun Sie mir den Gefallen, incognito zu reisen. Oder gestatten Sie, dass bevor Herr Winter-Hofen, oder ein anderer Angestellter des Gauamtes Sie in Besitz nimmt, ich Sie in diese

Dörfer begleite. Dort werden Sie dann Erfahrungen sammeln, als Pädagoge, welche Sie wirklich verblüffen werden. Das Ergebnis meiner Begleitung wird aber auch sein, dass Sie sich überzeugen können: „inter duos litigantes tertius gaudet", denn in jenen Gemeinden, welche noch aufs „Einheimsen" warten, wird niemals mehr der germanische Geist durchdringen, dort führt die Tätigkeit des Gauamtes nur zum Verfall jeglichen Ansehens, zum Vordringen der Unmoral und zum Durchgreifen jenes Geistes, der uns Alle vom Osten her bedroht.

In der Hoffnung, dass mir Gelegenheit geboten sein wird, die Richtigkeit meines Standpunktes Ihnen persönlich noch besser beweisen zu können, verbleibe ich mit dem Ausdruck besonderer Hochachtung

Dr. Elemér v. Jakabffy.

Ministerpräsident Julius Gömbös über die deutsche Mienderheitenfrage in Ungarn.

Am 17. Mai in der Nacht wurde die Budgetdebatte abgeschlossen. Gegen sechs Uhr ergriff auch Ministerpräsident Julius Gömbös zu einer grossen Rede das Wort, in der er zu den erklungenen Ausführungen Stellung nahm. Da vom Ministerpräsidenten wichtige Erklärungen erwartet wurden, war das Haus dicht gefüllt und alle Abgeordneten waren erschienen.

Nachdem der Ministerpräsident über die Königsfrage gesprochen hatte, die er für inaktuell und vielfach undurchführbar hält, reflektierte er auf die Rede Dr. Bleyers. Diesbezüglich führte er aus:

– Ich möchte auch einige Worte an den Herrn Abgeordneten Dr. Bleyer adressieren als Antwort auf seine Rede zur Nationalitätenfrage. (Hört, hört!) In den Wandelgängen hat sich die Nachricht verbreitet, dass ich, bevor er diese Rede gehalten hätte, diese gelesen hätte. Das ist ein Irrtum. Ich habe bloss jenen Teil seiner Rede gelesen, in dem erklärt wird, dass der Herr Abgeordnete Bleyer die Suprematie der ungarischen Rasse auf unserem historischen Gebiet anerkennt, wie auch die Rechte, die daraus fliessen; ferner, dass sich die Deutschen in Ungarn

als Mitglieder der einheitlichen politischen ungarischen Nation bekennen. Dem habe ich natürlich zugestimmt, weil dies auch mein offizieller Standpunkt ist und weil es unseren Gesetzen und unseren Interessen entspricht. Ich habe den Herrn Abgeordneten Dr. Bleyer im voraus darauf aufmerksam gemacht, dass er mit seiner Rede Sturm säen wird, weil eine derartige Rede hier und besonders durch die Agitation in der Provinz den Anschein erwecken muss, als würden er und seine Umgebung sich nicht zu diesen Prinzipien bekennen und als würden sie im Dienste zentrifugaler Kräfte stehen. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Ich wünsche aber, dass diese Frage nicht nur von aussenpolitischen, sondern auch, und zwar in erster Reihe, vom innerpolitischen Gesichtspunkt betrachtet werde und kann folgendes sagen: Ich missbillige die Demonstration der Jugend. (Lebhafte Zustimmung links.) Es handelt sich um eine ausserordentlich heikle Frage, und die Regierung hat die Mittel in der Hand, jede Frage selber zu lösen. Die Assistenz der Studentenschaft ist also ganz überflüssig. Die Studentenschaft hat versprochen, nicht mehr zu demonstrieren. Ich aber habe den Herrn Abgeordneten Dr. Bleyer aufgefordert, alle jene Wünsche, deren Erfüllung er von der Regierung wünscht, uns schriftlich mitzuteilen. Ich werde mich dann gern mit ihm an den grünen Tisch setzen und diese Fragen selbstverständlich unter besonderer Berücksichtigu g der nationalen Interessen klären. (Lebhafte Zustimmung und langanhaltender stürmischer Applaus auf allen Seiten des Hauses.)

*

Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Rede Dr. Bleyers wurde von „Magyarság" mit aufrichtiger Genugtuung zur Kenntnis genommen. Im Leitartikel vom 18. Mai schreibt das Blatt, dass die diesbezüglichen Ausführungen des Ministerpräsidenten mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurden. Der Ministerpräsident hat – schreibt das Blatt weiter – die Demonstrationen entschieden verurteilt, da sie geeignet seien, diese Frage nur noch mehr zu vergiften und richtete an Dr. Jakob Bleyer die Aufforderung, ihm die Wünsche des ungarländischen Deutschtums wie auch die Unterlassungen in der Durchführung der Minderheitengesetze zu unterbreiten.

Abgeordneter Graf Franz Hunyady erklärte in der Presse, dass er von der Rede des Ministerpräsidenten nur jene Sätze

unterschreibe, die sich auf die Lösung der deutschen Frage in Ungarn beziehen.

*

Am 17. Mai hielten sich mehrere Hochschüler im Abgeordnetenhause auf, die zuerst mit dem Pressechef Dr. Antal und nachher auch mit dem Ministerpräsidenten sprachen. Später suchten sie auch den Abgeordneten Dr. Tibor Eckhardt auf, der sich vor ihnen in scharfen Worten gegen die Hetze der letzten Tage wandte. Er wies darauf hin, dass diese Hetzereien nur Benesch und Titulescu Material liefern, hob den grossartigen Leitaufsatz von Stefan Milotay in „Magyarság" von Mittwoch hervor, in dessen Geiste die Minderheitenfrage in Ungarn gelöst werden müsste. „Nicht zurückstossen, sondern anziehen müssen wir die Nationalitäten; das ist die richtige Minderheiten-Revisionspolitik. Selbst gegen die Gefahr, unpopulär zu werden, muss man die Fehler der Nationalitätenpolitik reparieren und, wenn es nottut, die Rechte der Minderheiten in Schutz nehmen."

Eine Erklärung des Abgeordneten Dr. Jakob Bleyer.

Dank an den ungarischen Ministerpräsidenten.

Der Abgeordnete Dr. Jakob Bleyer hat nachstehende Erklärung abgegeben: Ich nähme aus der Rede des Herrn Ministerpräsidenten mit Dank zur Kenntnis, dass er bereit ist, sich mit mir zusammenzusetzen und die Frage des ungarländischen Deutschtums zu behandeln. Was die punktweise Aufstellung der Wünsche des ungarländischen Deutschtums betrifft, so habe ich diese am 10. dieses Monats in punktweiser Aufzählung dem Herrn Ministerpräsidenten bereits zukommen lassen. Ich fühle auch Genugtuung dafür, dass der Herr Ministerpräsident die Studentendemonstrationen verurteilt und verfügt hat, dass sie nicht fortgesetzt werden. Allen Unterschiebungen und Missdeutungen gegenüber erfüllt mich auch das mit grosser Genugtuung, dass der Herr Ministerpräsident die Richtigkeit der von mir angeführten Daten über die Schule und über die Volkszählung wie auch meinen Wahrheitssinn unangetastet liess. Allerdings weiss ich nicht, wie ich die Aeusserung über die Agitation in

der Provinz, die angeblich im Dienste zentrifugaler Kräfte steht, verstehen soll. Gibt es solche Agitatoren, so sind sie keineswegs meine Gesinnungsfreunde, da ich solche Tendenzen verurteile und stets verurteilt habe. Solche Fälle gehören vor das Gericht und die Schuldigen müssen bestraft werden. Ich muss noch bemerken. dass noch niemals ein Anhänger von mir wegen zentrifugaler Agitation vors Gericht gestellt wurde.

Im Übrigen muss ich dem Herrn Ministerpräsidenten meinen warmen Dank für die Bereitwilligkeit, die Frage des ungarländischen Deutschtums zu behandeln, noch einmal wiederholen. Wir warten mit Sehnsucht auf die Verfügungen, die der Herr Ministerpräsident zur Lösung unserer sprachlichen und kulturellen Fragen treffen wird.

Discurse

D-lor dr. Elemér Gyárfás, prof. N. Iorga şi I. P. S. S. dr. Miron Cristea, Patriarhul României la şedinţa senatului de la 29 Martie 1933, despre Convenţiune relativă la reglementarea şcolarilor primare din Banat.

D-l Elemér Gyárfás: D-le preşedinte, d-lor senatori, aprob şi eu în întregime proiectul de lege privitor la ratificarea convenţiunilor, acordurilor şi protocoalelor semnate la Belgrad între România şi Iugoslavia, pe care l-a înaintat în discuţiunea noastră d-l ministru al afacerilor străine, şi îmi permit să l felicit pentru succesul diplomatic strălucit pe care l-a obţinut în această chestiune.

De fapt, reglementarea raporturilor şi tranşarea diferendelor pe cale amicală, este întotdeauna foarte îmbucurătoare, şi este de dorit ca să fie reglementate la fel toate diferendele care mai există şi cu alte state. Numai atunci se poate desvolta o vieaţă economică şi culturală liniştită, când statul nostru nu va fi ocupat în afară cu diferende nerezolvate.

D-lor senatori, una din aceste convenţiuni este în special foarte îmbucurătoare pentru noi, şi anume e convenţiunea de care a vorbit şi stimatul meu antevorbitor, referitoare la reglementarea şcolilor minoritare sârbo-croate din Banat. Această convenţiune recunoaşte în cele 19 articole ale ei, unele princi-

pii care sunt foarte importante. Astfel se recunoaşte că şcolile primare minoritare sârbo-croate din Banatul român, vor fi şcoli publice de stat. Se stabileşte şi se precizează clar în art. 2, că, cu începere din clasa III, se va preda, ca obiect de studiu, si limba statului respectiv, dar numai 6 ore pe săptămână, iar trei ore pe săptămână în plus vor fi întrebuinţate pentru predarea în limba serbo-croată, respectiv în limba română, a istoriei şi a geografiei iugoslave, respectiv române.

Se stabileşte în art. 3 că institutorii şcoalelor primare minoritare sârbo-croate din Banatul român vor trebui să fie de aceeaşi confesiune şi limbă ca majoritatea elevilor, iar în art. 4 se spune că predarea religiei se va face de către preoţi în limba maternă a elevilor.

Cel mai preţios punct însă, după părerea mea, este acela stabilit în art. 5, care spune că, în localităţile unde vor fi 20 de copii sârbo-croaţi în vârstă de a urma la şcoală, se va înfiinţa o şcoală primară minoritară cu un institutor. Şi s'a mai stabilit un principiu care nu a fost încă clarificat până acum, în lupta aceasta a noastră pentru şcoala minoritară, anume că naţionalitatea copiilor va fi stabilită prin declaraţiunea părinţilor sau a tutorilor.

In art. 6 se spune, că cele două guverne vor avea grije de a pregăti un număr suficient de institutori calificaţi. La art. 7 arată că toate lefurile institutorilor şcolilor primare minoritare vor fi plătite în întregime de stat şi mai departe, în art. 11, unde este vorba de manualele didactice, se spune că aceste cărţi vor fi pregătite de minoritatea respectivă. Acest principiu este şi mai mult lărgit prin faptul că se menţionează că vor putea fi utilizate ca manuale didactice chiar şi cărţi editate în străinătate.

Art. 12 spune că în comunele unde sunt două şcoli, română şi jugoslavă, bugetele vor fi deosebite, iar fiecare va avea dreptul de publicitate. În acelaşi timp se stabileşte că minoritatea sârbo-croată va avea dreptul de a înfiinţa şcoli cu limba de predare exclusiv sârbo-croată.

D-lor senatori, noi vom vota acest proiect şi ne bucurăm că cominoritarii noştri au putut obţine aceste rezultate foarte îmbucurătoare. Şi cu toate că aceasta este în contradicţie cu principiul egalei îndreptăţiri, decretat şi prin Constituţie, sperăm totuşi că simţul de dreptate al poporului românesc va înlătura

această inegalitate de tratament între minorități, care mai există și astăzi.

Noi, în tot cazul, vom face toate sforțările ca să obținem aceleași rezultate și avem un motiv foarte important să credem că recunoașterea acelorași drepturi și pentru noi, nu poate întârzia mult.

D-l profesor N. Iorga: D-le Gyárfás, îmi dați voie? Când statul maghiar va recunoaște hotarele noastre, când va avea atitudinea prietenoasă ca a Jugoslaviei, atunci se va putea da minorității maghiare ceea ce dăm noi minorității jugoslave.

D-l Elemér Gyárfás: D-le profesor, chiar acum am vrut să ajung la acest motiv psihologic, pentru care noi credem că nu va trece mult timp și se va recunoaște toate aceste drepturi și pentru toate celelalte minorități.

Minoritatea sârbă a obținut aceste drepturi printr'un tratat internațional încheiat cu noi pe baza unui tratament reciproc. Știm și recunoaștem necesitatea, ba chiar prudența și înțelepciunea care a condus guvernul la încheierea acestor convențiuni. Ași fi de părere însă că oricât de îmbucurătoare ar fi încheierea acestor tratate, nu este interesul statului român de a creea din acest singur act un sistem care ar sugera minorităților etnice convingerea că situațiunea lor depinde de atitudinea conaționalilor lor de peste hotare, și că anumite doleanțe ale lor nu vor fi recunoscute decât dacă intervine această înțelegere în forma unor anumite tratate internaționale, încheiate cu prilejul unor situațiuni internaționale, cari impun încheierea unor asemenea convențiuni.

D-l profesor N. Iorga: Iertați-mă că vă întrerup din nou. Se primesc cărțile de școală cari se întrebuințează în Jugoslavia. Credeți d-voastră că am putea primi cărțile de școală tipărite în Ungaria, prin care nu se face altceva decât să se atâțe la ură împotriva statului și neamului românesc? *(Aplauze).*

D-l Elemér Gyárfás: Este o foarte mare greșeală dacă sunt asemenea cărți.

D-l profesor N. Iorga: Sunt.

D-l Elemér Gyárfás: Este o foarte mare greșeală de a introduce în sufletul tinerimii ura în contra unui popor și mai ales în contra unui vecin.

A introduce, d-lor senatori, și a admite acest sistem, ar duce la înrădăcinarea convingerii că minoritățile etnice, contrar

intereselor statului român, trebue să aştepte din afară, dela unele coincidenţe diplomatice, satisfacerea pretenţiunilor lor juste.

D-l profesor N. Iorga: Înţelegem ce strecuraţi d-voastră!

D l Elemér Gyárfás: Aprobăm, deci, fără nici o rezervă aceste convenţiuni, felicitând pe d l ministru al afacerilor străine pentru succesul său. Şi adresăm o rugăminte sinceră şi serioasă către guvern, ca să nu se oprească la primul pas făcut în favoarea minorităţii sârbe şi să extindă acest tratament asupra tuturor minorităţilor.

D-l profesor N. Iorga: D-le preşedinte, cer cuvântul.

D-l profesor N. Costăchescu, preşedinte: Ceruse şi Înalt Prea Sfinţia Sa.

I. P. S. S. dr. Miron Cristea, Patriarhul României: Vă rog, d-le profesor, vorbiţi d-voastră. Eu am de spus foarte puţine cuvinte.

D-l profesor N. Iorga: Aveam de adăugat numai un lucru. S'a înţeles foarte bine raţionamentul captios al d-lui Gyárfás. D-l Gyárfás vrea să spună acest lucru, că noi avem o datorie faţă de minorităţi, indiferent de atitudinea pe care o are statul în care se găsesc, în majoritate, aceste minorităţi. Aceasta a vrut să spună d-nealui; şi a vrut să arate că noi nu suntem drepţi faţă de minorităţi, fiindcă noi nu le dăm drepturi decât numai atunci când dinafară, statul corespunzător, are o anumită atitudine faţă de statul român. În forma blândă pe care o întrebuinţează d-l Gyárfás — care ni se pare forma cea mai periculoasă — d-nealui ridică o chestiune contra statului român. Ei bine, daţi-mi voie, desigur că există principiul acela că orişice stat care are minorităţi să fie cât se poate de larg şi de generos faţă de dânsele — şi eu cred că în România, unde în Ţinuturile alipite, cele mai multe gazete, cele mai multe reviste şi în cea mai mare parte dintre publicaţii sunt în limba minorităţilor, în care nimeni aproape nu se amestecă în şcoala minorităţilor, în care se pot răspândi tot felul de cărţi — acelea care sunt oprite sunt aşa de puţine — eu cred că în România nu se poate manifesta o astfel de nemulţumire, pentrucă noi am călca în picioare un punct, un principiu de drept, pe care l-ar fi primit toate celelalte state şi pe care numai statul românesc ar refuza să-l primească. Dar d-lor, noi nu suntem reprezentanţii unui principiu abstract. Noi suntem oameni şi nu se poate cere unui grup de oameni, cum este majoritatea aceasta românească

din România, nu se poate cere să aibă față de minoritățile care se găsesc pe pământul statului român, o atitudine care să nu fie influențată de sălbateca ură, care dela războiul care ni-a dat hotarele noastre drepte, până astăzi, se îndreaptă din apus împotriva statului român. *(Aplauze)*. În loc deci să se prezinte dela tribuna Parlamentului român o astfel de plângere, cu totul neîndreptățită, fiindcă națiune mai proastă de bună, decât cum este națiunea aceasta românească nu a existat vre-odată pe fața pământului. *(Aplauze)*.

Uitați-vă d-voastră de jurîmprejur, uitați-vă la Germania de astăzi, îngroziți-vă de ce se petrece acolo și puneți în comparație cu purtarea noastră, care este de așa natură, încât eu, ca istoric, nu cunosc un stat care să fi sacrificat interesele sale, pentru ca să mulțumească celelalte popoare, pe care soarta le-a dus să trăiască pe același pământ, eu cred că ar fi mai bine dacă d-voastră ați întrebuința toată stăruința d-voastră, tot interesul d-voastră patriotic pentru această țară, care este și a d-voastră, pentru a face pe oamenii de peste graniță să înțeleagă că un anume plan de revendicări este imposibil fără a scălda în sânge lumea întreagă și că d-voastră nu sunteți cei mai nenorociți oameni depe pământul acesta, pe care înaintașii d-voastră și înaintașii noștri au trăit împreună — ai d-voastră în belșug și stăpânire, iar ai noștri în durere și suferință — dacă ați face să se audă acest glas și ați spune, iubitori de pace, sunt frații români, cu cari frământăm același pământ; iar noi dorim ca statul maghiar să se gândească, în marginile sale naționale de astăzi, la problemele de acolo și să lase în pace un stat vecin, care nu face dela război încoace decât să întindă o mână prietenească necontenit respinsă.

Am ținut să spun aceste cuvinte, ca să nu se creadă că ne simțim vreunul vinovați — și nu ne simțim niciunul — și că suntem așa de naivi, încât, dacă ni se spune un anumit lucru cu întortochieri de acestea în aparență amicale, noi nu înțelegem de ce este vorba și nu răspundem drept și hotărît, cum drept și hotărît am răspuns totdeauna. *(Aplauze prelungite)*.

D-l profesor N. Costăchescu, președinte: Înalt Prea Sfinția Sa Patriarhul are cuvântul.

I. P. S. S. dr. Miron Cristea, Patriarhul României: Între chestiile neresenatori, am o scurtă rugăminte către d-l ministru de externe în jurul convențiunilor ce se încheie între statul român și statul amic al Iugoslaviei.

Constat şi eu, că prin cele 19 ramficaţii de convenţiuni, cuprinse în broşura prezentată Senatului spre ratificare, se stabilesc o mulţime de înţelegeri, menite a rezolva delicate chestii pendinte dintre noi şi statul vecin. D-l ministru de externe merită pentru aceasta reaunoştinţa ţării. Cu toate acestea, cu oarecare regret în suflet, trebue să constat aci, că lipseşte, după părerea mea, din cele 19 ramficaţii, tocmai partea de căpetenie, chemată a încheia şi consolida definitiv a noastră prietenie cu statul Igoslav. Şi anume, lipseşte convenţia care priveşte biserica *(aplauze)*, convenţia care să precizeze, sub raport bisericesc, drepturile românilor din Banatul iugoslav şi drepturile sârbilor din Banatul românesc.

Eu, care am avut onoarea să prezidez înainte cu mulţi ani la Ministerul de Externe comisiunea care a fixat principiile generale, pe baza cărora să se încheie convenţiunea bisericească şi şcolară între aceste două state, am insistat dela început asupra principiului de reciprocitate şi egalitate pe toată linia.

Va să zică, ceea ce dăm noi sârbilor pretindem să ne dea şi ei nouă în biserică şi şcoală. *(Aplauze)*.

Eu am mai adaus: doresc să dăm sârbilor maximum de pretenţiuni ca şi nouă să ni se asigure acelaş maxim. Sublinez acest principiu al reciprocităţii, pentrucă cu durere trebue să constat şi afirm că în raporturile noastre cu statele vecine şi faţă cu locuitorii români, cari locuesc în acele state şi care state au şi ele la noi connaţionali de ai lor, noi mai totdeauna călcăm propria noastră demnitate, nu numai naţională ci uneori şi omenească. Am mai spus o aiurea şi o repet şi aci: Eu aşi cere dela conlocuitorii noştri minoritari din ţara noastră, să recunoască tratamentul uman de care noi îi împărtăşim cu tot dragul, graţie toleranţei fără de hotar şi firii blânde a acestui popor român. Regret însă, că aproape totdeauna când noi tratăm astfel pe minoritari, încât de exemplu, în cele bisericeşti sunt favorizaţi faţă de elementul autohton ortodox român, nu pretindem chiar pe baza hotărîrilor dela Trianon, ca şi românii noştri din statele vecine să fie la fel trataţi. Aţi rămâne consternaţi, dacă aş descrie suferinţele celor 10—12 eparhii româneşti care se află în statul ungar şi tratamentul dat fraţilor noştri români, de exemplu rămaşi în Ungaria sau ale românilor care se găsesc în alte ţări dealungul Dunării, începând dela Marea Neagră până la graniţa Bulgariei şi la Belgradul Serbiei.

De aceea, „do ut des". Statul român să dea minoritarilor ceea ce statul român pretinde dela statul vecin pentru locuitorii românni.

D-l Elemér Gyárfás: Foarte just!

I. P. S. S. dr. Miron Cristea. Patriarhul României: Între chestiile nereglementate, care subsistă între noi şi Iugoslavia, nereglementarea situaţiunii bisericeşti este cea mai importantă şi cea mai delicată. Şi ştiţi cu toţii, că sentimentele religioase sunt adânci şi susceptibile de fracţiuni şi nemulţumiri şi m'aşi fi aşteptat ca tocmai din aceste motive, în fruntea acestor 19 ramificaţiuni de convenţiuni să fie tocmai convenţia sub raportul bisericesc. De vreo 10 – 12 ani urmează între noi şi sârbi tratative. O comisiune mixtă de români şi sârbi a reluat această chestiune. Cu plăcere constat că în ultimele tratative s'a ajuns la oarecare rezultate mulţumitoare, care pe noi românii ne mulţumesc şi din motivul, că nu mai există între noi şi aliaţii sârbi nici o suprafaţă de eventuale fricţiuni ori neplăceri. Tocmai de aceea, noi, în ultima sesiune a Sfântului Sinod, în unanimitate ne-am pronunţat, că primim şi aprobăm întocmai tratativele şi rezultatele la care s'a ajuns. Astfel, regret că din partea fraţilor noştri sârbi şi din partea bisericii lor, încă n'a urmat iscălirea convenţiunii care s'a încheiat de comisiunea mixtă. Acesta este motivul, că lipseşte partea bisericească dintre aceste 19 convenţiuni.

În tot trecutul de veacuri n'a fost între Romînia şi Serbia nici un conflict greu. Ambele popoare şi-au apărat „nevoile, neamul şi credinţa" în contra inamicilor comuni, semiluna şi imperiul Austro-Ungar. Deci n'avem a ne creia susceptibilităţi, când e vorba de credinţa şi biserica ortodoxă, comună ambilor, dar având pentru ambele popoare şi caracterul lor naţional.

Ceea ce îşi conced reciproc amicii şi aliaţii, nu poate forma motiv de a o cere şi alţii.

De aceea, eu rog pe d-l ministru de externe să stăruiască ca tratativele care s'au încheiat, să se finalizeze şi în cele bisericeşti şi să ajungă şi ele cât de curând înaintea noastră, pentru a fi ratificate, căci fără de acestea, fricţiunile nenumărate, ce le pot provoca lipsa de norme definitive, se vor menţine între credincioşii aceleaşi biserici cât şi în raport cu statul în dauna consolidării definitive şi a frăţietăţii atât de scumpe şi nouă şi iugoslavilor, care trebue să existe pe veci între aceste două popoare amice. *(Aplauze prelungite).*

Convention

relative au réglement des écoles primaires minoritaires dans le Banat.

Sa Majesté le Roi de Roumanie et *Sa Majesté le Roi de Yougoslavie*,

Désirant régler entre le Royaume de la Roumanie et le Royaume de Yougoslavie la question concernant les écoles primaires minoritaires roumaines du Banat yougoslave ainsi que les écoles primaires minoritaires serbes-croates du Banat roumain,

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir :

Sa Majesté le Roi de Roumanie :

Monsieur Alexandre N. Iacovaky, Ministre Plénipotentiaire, Directeur au Ministère des Affaires Etrangères à Bucarest ;

Sa Majesté le Roi de Yougoslavie :

Monsieur Bogoljub Jevtic, Ministre des Affaires Etrangères,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article premier. Les écoles primaires minoritaires roumaines du Banat yougoslave ainsi que les écoles primaires minoritaires serbes croates du Banat roumain seront des écoles publiques d'Etat, conformément aux lois et règlements scolaires en vigueur dans le Royaume de Yougoslavie respectivement dans le Royaume de Roumanie.

Article 2. Dans les écoles primaires minoritaire roumaines du Banat yougoslave et dans les écoles primaires minoritaires serbes-croates du Banat roumain la langue d'enseignement sera la langue roumaine respectivement la langue serbe-croate.

A partir de la troisième année on enseignera la langue serbe-croate respectivement la langue roumaine comme objet d'étude six heures par semaine et trois heures par semaine seront, en plus, employées pour l'enseignement, en langue serbe-croate, respectivement en langue roumaine de l'histoire et de la géographie yougoslave, respectivement roumaine.

Article 3. Les instituteurs des écoles primaires minoritaires roumaines du Banat yougoslave ainsi que les instituteurs des écoles primaires minoritaires serbes-croates du Banat roumain

devront être de même confession et langue que la majorité des élèves, mais de sujetion yougoslave, respectivement roumaine.

Article 4. Dans les écoles de toutes catégories, l'enseignement de la réligion avec la matière conforme au programme d'enseignement établi, sera fait dans la langue maternelle des élèves par les prêtres, nommés par l'autorité compétente d'Etat d'après la proposition de l'autorité ecclésiastique.

S'il n'y a pas de prêtre dans la localité où si celui-ci est empêché, la religion sera enseignée par l'instituteur.

Le programme analytique de cet objet d'étude sera établi par le Ministre de l'Instruction Publique en accord avec l'autorité ecclésiastique.

Article 5. Dans les localités où il y aura vingt enfants Roumains respectivement Serbes-Croates, en âge de fréquenter l'école, il sera créée une école primaire minoritaire avec un instituteur.

La demande pour l'établissement de l'école sera faite par les parents des enfants et la nationalité des enfants sera établie par la déclaration des parents ou des tuteurs.

Article 6. Les deux Gouvernements auront soin de preparer un nombre suffisant d'instituteurs qualifiés, dont la langue maternelle sera langue roumaine respectivement la langue serbe-croate, pour l'enseignement dans les écoles primaires minoritaires roumaines du Banat yougoslave respectivement pour l'enseignement dans les écoles primaires minoritaires serbes-croates du Banat roumain.

Jusqu'au moment où tous les postes vacants des écoles publique roumaines du Banat yougoslave auront été pourvus d'instituteurs ayant achevé les cours des Ecoles Normales de Yougoslavie, ainsi que les postes vacants des écoles serbes-croates du Banat roumain auront été pourvus d'instituteurs ayant achevé les cours des Ecoles Normales de Roumanie, les instituteurs ressortissants yougoslave respectivement roumains, ayant achevé les cours des Ecoles Normales de Roumanie, respectivement de Yougoslavie, seront admis à l'enseignement dans ces écoles. Ces instituteurs seront soumis à un examen complémentaire des études nationales dans un délai de trois ans et, un an plus tard, à un examen pratique, à la suite desquels ils obtiendront tous les droits dont jouissent les instituteurs définitivement qualifiés.

Les instituteurs des écoles primaires roumaines du Banat yougoslave et les instituteurs des écoles primaires serbes-croates du Banat roumain qui ont achevé les cours de l'Ecole Normale avant le 1-er Novembre 1918 sous l'ancien régime austro-hongrois et qui ont passé l'examen des études nationales, seront confirmés définitivement, indifféremment s'ils sont entrés dans l'enseignement après cette date.

Article 7. Les appointements (traitements) des instituteurs des écoles primaires minoritaires roumaines du Banat yougoslave et des professeurs à l'école Normale de Vrsac, ainsi que les appointements des instituteurs des écoles primaires minoritaires serbes-croates du Banat roumain et des professeurs à l'Ecole Normale de Timişoara seront payés par les Gouvernements des Etats respectifs conformément aux prescriptions de leurs lois.

S'il s'agit d'une commune à population mixte, la commune est tenue de donner l'édifice et le mobilier et d'entretenir l'école, les frais seront répartis entre la population proportionnellement au nombre et aux impôts payés par les habitants intéressés.

Dans les localités où la minorité, malgré le nombre d'enfants suffisant pour la création de l'école, ne possède pas d'école n'ayant pas provisoirement d'édifice ou d'instituteurs, les enfants pourront fréquenter l'Ecole de l'Etat. Mais si le nombre d'enfants en âge de fréquenter l'école est inférieur à celui nécessaire pour la création d'une école primaire des minorités roumaines respectivement serbes croates, les enfants sont tenus de fréquenter l'école d'Etat yougoslave respectivement l'école primaire roumaine.

Article 8. Pour la préparation des futurs instituteurs il sera nommé un nombre nécessaire de professeurs aux Ecoles Normales de Timişoara et de Vrsac qui feront en langue serbe-croate respectivement en langue roumaine, les cours suivants: la langue et la littérature serbe-croate respectivement roumaine, la religion, la didactique, la métodique, le chant religieux et les exercices pratiques.

Les professeurs pour ces cours à l'Ecole Normale de Timişoara seront choisis en premier lieu parmi les sujets roumains mais de nationalité serbe-croate. Pour ces cours à l'Ecole Normale de Vrsac les professeurs seront choisis d'abord parmi

les sujets du Royaume de Yougoslavie mais de nationalité roumaine.

A défaut de tels professeurs les deux Gouvernements respectifs engageront provisoirement par contrat des professeurs pris parmi les ressortissants qualifiés de la Roumaine respectivement de Yougoslavie.

Les élèves des Ecoles Normales de Timişoara et de Vrsac devront être ressortissants roumains respectivement yougoslaves connaissant la langue roumains respectivement la langue serbe-croate et être de la même confession que la minorité serbe-croate respectivement roumaine.

En vue de la préparation des élèves qui se destinnent à l'Ecole Normale de Vrsac respectivement à l'Ecole Normale de Timişoara, une chaire d'enseignement facultatif de la langue roumaine respectivement serbe-croate, sera créée dans les quatre premières classes de Lycées de Vrsac et de Timişoara.

Article 9. Aussi longtemps que des instituteurs régulièrement qualifiés pour les écoles primaires de la minorité roumaine du Banat yougoslave respectivement de la minorité serbe-croate du Banat roumain ne seront pas préparés en nombre suffisant, les Ministères de l'Instruction Publique des Royaumes respectifs s'obligent à engager, par contrat, le nombre d'instituteurs nécessaires.

Ces instituteurs doivent être choisis parmi les ressortissants roumains pour le Banat yougoslave et parmi les ressortissants yougoslaves pour le Banat roumain.

Article 10. En vue de compléter et de maintenir le cadre nécessaire des instituteurs pour les écoles primaires de la minorité roumanie du Banat yougoslave respectivement de la minorité serbe-croate du Banat roumain, et, en cas de besoin, le Gouvernement yougoslave aidera les élèves choisis parmi ceux de l'Ecole Normale de Vrsac de nationalité roumaine, resortissants yougoslave, de même que le Gouvernement roumain aidera les élèves choisis parmi eux de l'Ecole Normale de Timişoara de nationalité yougoslave, ressortissants roumain.

Article 11. Les deux Gouvernements respectifs auront droit de préparer les livres didactiques pour les écoles primaires de la minorité roumaine du Banat yougoslave respectivement de la minorité serbe croate du Banat roumain. Pour la préparation de ces livres ils pourront consulter pour les matières laïques

les expertes roumains respectivement serbes-croates et pour les manuels d'enseignement de la religion les autorités ecclésiastiques respectives.

Toutefois pourront être utilisés comme manuels didactiques des livres édités dans le Royaume de Roumanie respectivement dans le Royaume de Yougoslavie, à condition d'être autorisés au préalable par les Ministères de l'Instruction Publique respectifs.

Article 12. Dans les communes où il y a deux écoles, roumaine et yougoslave, les budgets ainsi que les directions des écoles seront séparés et auront des comités scolaires qui établiront et exécuteront les budgets, conformément aux prescriptions des lois en vigueur.

Les écoles primaires roumaines du Banat yougoslave ainsi que les écoles serbes-croates du Banat roumain seront obligatoirement représentées par leur délégué au Comité scolaire régional. Ce délégué sera élu de la même manière que les autres membres éligibles de ce Comité.

Article 13. Les écoles particulières-confessionelles serbes-croates existant conformément à la loi roumaine du 22 décembre 1925 seront maintenues à la demande des parents et des représentants des autorités compétentes actuelles. De nouvelles écoles particulières-confessionnelles pourront être créées et entretenues par l'autorité ecclésiastique compétente sur tout le territoire du Banat roumain y compris celui de Klissura, conformément aux lois en vigueur en Roumanie.

Les Roumains du Banat yougoslave respectivement les Serbes-Croates du Banat roumain y compris ceux habitant le territoire de Klissura pourront, si celà leur convient créer et diriger à leurs frais des écoles minoritaires privées d'enseignement primaire. L'enseignement dans ces écoles se fera dans la langue maternelle des élèves. Ces écoles seront sous le contrôle direct de l'Etat et auront droit à la publicité.

Les examens des élèves se feront par leurs propres instituteurs et les certificats délivrés par eux seront valables et équivalents à ceux de l'Etat.

Article 14. Tout groupement de Roumains dans le Banat yougoslave respectivement tout groupement de Serbes-Croates dans le Banat roumain qui désire créer une école primaire minoritaire privée doit constituer une commune scolaire.

Chaque commune scolaire a son comité scolaire composé de dix membres élus à l'assemblée des parents des élèves parmi les parents des élèves et autres personnes.

Après la réunion le comité scolaire se constitue et élit le président, le trésorier et le secrétaire. Le président élu en informe la commune politique et lui remet tous les documents ayant trait à l'élection. A partir de ce jour, si aucune objection n'est faite sur la régularité de l'élection, le comité scolaire prend possession de toutes les fonctions qui lui sont imposées par cette Convention et les règlements scolaires en vigueur.

Article 15. Outre les obligations prescrites par les lois en vigueur, la compétence du comité scolaire s'étend également sur ce qui suit :

1. Assurer à l'école le bâtiment scolaire, les meubles, le matériel didactique et tout le nécessaire pour le fonctionnement régulier de l'école ;

2. Préparer les données sur le nombre des élèves en âge de fréquenter l'école et entreprendre les démarches nécessaires auprès du Ministère de l'Instruction Publique pour obtenir l'autorisation d'ouvrir l'école conformément aux préscriptions de la présente Convention ;

3. Choisir les instituteurs et demander l'approbation nécessaire au Ministère de l'Instruction Publique ;

4. Le paiement des instituteurs dont des appointements ne peuvent être inférieurs à ceux des instituteurs d'Etat ainsi pue le paiement de tout le personnel scolaire ;

5. L'application des mesures disciplinaires en première instance à l'égard du corps enseignant ;

6. L'entretien de l'école et des bâtiments scolaires ainsi pue l'établissement du budget scolaire ;

7. Assurer à l'école, à son directeur et au personnel habitant l'immeuble scolaire le combustible nécessaire ;

8. D'inscrire les nouveaux élèves au début de chaque année scolaire et d'en présenter la liste au Ministère de l'Instruction Publipue ;

9. La transcription des immeubles scolaires aux registres fonciers institués dans les tribunaux compétents ;

10. Veiller à ce qu'aucun des immeubles scolaires ne puisse être aliéné ou hypothéqué dans d'autres buts que ceux prévus

par les lois en vigueur et sans l'approbation du Ministre de l'Instruction Publique;

11. De présenter au Ministère de l'Instruction Publique, au début de l'année scolaire, la liste du Comité scolaire.

Article 16. Les instituteurs des écoles minoritaires privées doivent être sujets du Royaume de Yougoslavie respectivement du Royaume de Roumanie et avoir les mêmes qualifications que les instituteurs des écoles primaires publiques.

A défaut de ces instituteurs, au cours des cinq premières années, tant que dure la préparation d'un personnel d'enseignement approprié, peuvent être engagés par contrat dans les écoles minoritaires privées, avec l'approbation du Ministère de l'Instruction Publique, des instituteurs possédant les qualifications nécessaires. Ces instituteurs sont tenus à passer dans le délai de trois ans l'examen du groupe des matières nationales (langue d'Etat, littérature, histoire, et géographie) devant une commission et suivant le programme déterminé par le Ministre de l'Instruction Publique et, ensuite, dans le délai d'un an, l'examen pratique d'instituteur.

Pour faciliter ces examens le Ministère de l'Instruction Publique pourra organiser des cours de vacances dont la fréquentation sera obligatoire pour tous les instituteurs engagés par contrat.

Les instituteurs des écoles minoritaires privées sont tenus d'enseigner suivant le programme prescrit pour cette sorte d'école et d'observer tous les réglements et prescriptions en vigueur pour les écoles primaires publipues en général.

Le directeur de l'école, proposé par le Comité scolaire et confirmé par le Ministre de l'Instruction Publique, est chargé d'entretenir toute la correspondance avec le Ministère de l'Instruction Publique.

Article 17. A la demande des Comités scolaires des écoles maternelles (Kindergarten) à langue d'enseignement roumaine respectivement serbe-croate pourront être créées si le nombre des enfants fixé par la présente Convention est assuré.

Artrcle 18. Dans le cas où les instituteurs de nationalité serbe-croate enseignant dans les écoles confessionnelles serbes-croates dans le Banat roumain et autorisés préalablement par l'autorité ecclésiastique compétente passeraient au service des écoles roumaines d'Etat, ils toucheront les traitements et les in-

demnités dont jouissent les instituteurs d'Etat de Roumanie. Les années de service dans les écoles confessionnelles leur seront comptés pour l'avancement et pour les droits à la retraite conformément aux lois en vigueur en Roumanie.

Article 19. Le présente Convention entrera en vigueur après l'échange des instruments de ratification par les Gouvernements respectifs.

En foi de quoi les Plénipotentiaire respectifs ont signé la présente Couvention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Belgrad, en double original, en français, le 10 mars 1933.

(L. S.) *Alexandru N. Iacovaky.* (L. S.) *B. D. Jevtic.*

Die Schweizer Presse über die Behandlung der Minderheiten in Rumänien.

Reformierte Schweizer Zeitung vom 31. März. *Klage der reformierten ungarischen Kirche Siebenbürgens.* Der reformierte ungarische Abgeordnete Franz Laár legte in einer Kammerrede die Klage der reformierten ungarischen Kirchen Siebenbürgens dar. Die Geistlichen der verschiedenen Kirchen werden beim Staatszuschuss verschieden behandelt. Dies widerspricht den Friedensverträgen, die eine solche Ungleichheit nicht zulassen. Während ein reformierter Pastor jährlich 1320–1900 Lei monatlichen Staatszuschuss (= 40–80 Schw. Franken) bekommt, erhält der griechisch-orthodoxe Geistliche 3350–3609 Lei (100–144 Schw. Franken.) Dazu kommt noch, dass der Staatszuschuss der reformierten ungarischen Kirche 1932 völlig gestrichen wurde. Dies ist umso schwerer für die Kirche, da die Boden„reform" der reformierten Kirche 24.000 Joch Boden nahm, von welchen 8500 Joch (ein Joch = ½ Hektar) zur Erhaltung von Schulen dienten. Eine soziale Notwendigkeit, den Minderheitskirchen ihre Schulfonds zu nehmen, bestand nicht, denn ein grosser Teil dieser Güter ist gar nicht unter Bauern verteilt, sondern im Staatsbesitz behalten worden.

Reformierte ungarische Schulbeschwerde in Rumänien. Viele reformierte ungarische Kirchengemeinden Siebenbürgens, die

nicht fähig waren, ihre Schule zu unterhalten, übergaben in den ungarischen Zeiten ihre Schulgebäude dem ungarischen Staat, der die Kosten der Schulen bestritt. Ein Vertrag sicherte den Kirchengemeinden zu, dass der Staat nur reformierte Lehrer anstellen werde, die die Agenden des Kantors in der Kirche versehen können. Auch der Unterricht in der ungarischen Muttersprache war ausbedungen. Der rumänische Staat als Nachfolger des ungarischen Staates hat den Vertrag gebrochen und überall orthodoxe rumänische Lehrer angestellt, die in rumänischer Sprache unterrichten und natürlich keinen Dienst in der reformierten Kirchen versehen können. Die erhobenen Beschwerden blieben bis jetzt erfolglos.

Freiburger Nachrichten vom 4. April (No. 78.) *Rumänien gegen die kath. ungarischen Schulen Siebenbürgens.* Die Methode, mit welcher Rumänien in den letzten Jahren die katholischen ungarischen Schulen vorgeht, besteht darin, dass es in den ungarischen Dörfern Siebenbürgens, wo die kath. ungarischen Schulen allen Bedürfnissen begnügen, überflüssige Staatsschulen errichtet, in welche jene Kinder kommandiert werden, deren Eltern irgendwie von den Behörden abhängen. Einige Beispiele: In Kászonujfalu besuchen 165 Kinder die katholische, 20 die Staatsschule, in Csiksomló 74 die katholische, 12 die Staatsschule, in Kézdiszávaspatak 85 die katholische, 8 die Staatschule, in Szentegyházasfalu 350 die konfessionelle und 26 die Staats schule usw. Es ist ersichtlich, dass diese Staatsschulen für 8, 12 bis 20 Kinder, die auch lieber in die konfessionellen Schulen gehen würden, nur zur Schwächung der konfessionellen Schulen dienen sollen.

Freiburger Nachrichten vom 22 April (No. 93.) *Das Glück des «befreiten» Banats.* Temesvarer Zeitungen befassen sich mit dem Rückgang der Entwicklung des Banats unter rumänischer Herrschaft, während welcher bloss das Rumänentum und auch dies nur geringen Zuwachs erreichte. Die Zahl aller Minderheiten, die die Mehrheit des Banater Volkes ausmachten, hat abgenommen. In den ungarischen Zeiten wuchs die Bevölkerungszahl der drei Banater Komitate zwischen zwei Völkerzählungen um 10–15 Prozent.

La Patrie Valaisanne 27 Avr. (No. 48.) *Il est défendu de célébrer la mémoire du Comte Apponyi dans certains états suc-*

cesseurs. A Lippa en Roumanie, Me Emile Schwarz a fait célébrer un service divin pour le repos de l'âme de feu le Comte Albert Apponyi, simple acte de gratitude, puisque Me Schwarz avait bénéficié en son temps d'une bourse fondée par le Comte. Une enquête policière fut ouverte contre elle à cause de ce crime qui semble avoir ébranlé la sûreté de l'Etat roumain.

Basler Nachrichten 6/7 Mai (No. 123.) *Bevölkerungsrückgang im Banat.* Die Bevölkerung des zu Rumänien geschlagenen Banat hat seit der letzten Volkszählung, die noch in die ungarische Zeit fiel, um 82.000 Seelen 3.3 Prozent abgenommen. Die Abnahme betrifft die deutsche, jüdische, serbische, bulgarische und ungarische Minderheit, während die Zahl der Rumänen eine geringe Zunahme aufweist. Die Bevölkerungszunahme in den drei Banater Komitaten belief sich unter ungarischer Herrschaft auf 10 bis 15 Prozent pro Jahrzehnt.

Reformierte Schweizer Zeitung vom 12. Mai (No. 20.) *Klagen der reformierten ungarischen Kirche.* Der reformierte Pastor Dr. Ernst Bárczy hat im „Enyedi Hirlap" einen Aufsatz veröffentlicht, in welchem er beanstandete, dass die reformierte ungarische Schule seines Heimatsdorfes nur 500 Lei = 15 Schw.-Franken Staatssubvention bekomme. Dieser Aufsatz ist vom Staatsanwalt als staatsfeindliche Aufreizung beanstandet worden. Redaktor und Verfasser des Aufsatzes sind in erster Instanz zu zwei, beziehungsweise drei Monaten Staatsgefängnis verurteilt worden, welche Strafe dann von der Tafel auf je 1500 Lei Strafe herabgesetzt wurde. – Die Agrarreform hat der reformierten Kirche in Dés 60 Hektar Boden weggenommen. Da die Kirche aus ihren Häusern keine Miete bekommt, ist sie verarmt. Aus Not und infolge Pression treten manche Familien zum orthodoxen oder zum katholischen Glauben nach griechischem Ritus über.

Schaffhauser Zeitung vom 18. Mai (No. 115.) *Gegen die kath. Volksuniversität.* Die ungarischen Hochschulstudenten des Komitates Csik in Siebenbürgen haben sich vorbereitet in Verbindung mit der Volkshochschule in diesem fast gänzlich ungarischen Komitat Vorträge abzuhalten. Diese Vorträge sind in letzter Stunde von der Behörde verboten worden.

Knaben als Verschwörer gegen den Staat. Die Schüler der Handelsschule in Satmar in Siebenbürgen, die wegen ihrer un-

garischen Muttersprache vom Direktor Grecu misshandelt wurden, haben eine „Todesliga von Trianon" gegründet. Die Knaben im Alter von 12–14 Jahren sind wegen „Verschwörung gegen den Staat" verhaftet und 42 Tage in Haft behalten worden. In der Gerichtsverhandlung wurden sie mit der Begründung freigesprochen, dass Kinder keine Verschwörung veranstalten können.

La minorité bulgare de Roumanie.

Dans un de ses derniers numéros, le „Novo Edinstvo" de Dobritch, Dobroudja Nouvelle, soutient de nouveau la nécessité pour la minorité bulgare habitant la Roumanie de mieux s'organiser ; car les conditions politiques et économiques dans lesquelles elle vit, continuent à être extrêmement difficiles.

On a proposé beaucoup de solutions, mais aucune n'a pu être réalisée jusqu'à présent. Il y en a qui ont demandé que les Bulgares de Roumanie organisent leur propre parti national, d'autres qu'ils s'organisent économiquement ou sur la base culturelle et, enfin, qu'ils s'inscri ent dans les partis politiques roumains.

Contre l'organisation d'un parti national, se sont opposés les Bulgares qui sont déjà membres des partis roumains et qui y jouent un certain rôle. Une organisation économique n'a pu non plus se réaliser, parce-que ceux qui ont pris de telles initiatives ont eu plutôt en vue leurs propres intérêts et ceux de leurs proches ou de leurs amis que les intérêts de la minorité. Quant à l'organisation culturelle, elle laisse beaucoup à désirer, du fait de l'impossibilité des intellectuels bulgares à s'entendre.

Malgré l'opposition des Bulgares membres des partis politiques roumains, tout de même la minorité bulgare de Roumanie aurait très bien pu organiser son propre parti national, si les initiatives à cet effet avaient été plus sérieuses.

La situation est actuellement très difficile. Les paysans bulgares se sont appauvris et beaucoup d'entre eux ont émigré ou sont sur le point d'émigrer. Il est grandement temps que les intellectuels bulgares oublient leurs différends et se donnent la main afin d'organiser la minorité à laquelle ils appartiennent sur le domaine politique, économique et culturel. Ce n'est que par une entente loyale et sincère qu'on pourra atteindre ce but.

Quant aux déclarations que M. St. Penkov, membre du parti national-paysan et député au parlament roumain, a faites aux manifestations populaires en l'honneur de son parti, ayant eu lieu à Bucarest, il y a une dizaine de jours, – déclarations se référant à la situation de la minorité bulgare vivant en Roumanie, il est difficile de croire, écrit le même journal, qu'il ait pu dire que celle-ci est relativement la mieux située.

M. Penkov n'a pu faire de telles déclarations, car la situation de la minorité bulgare ne peut être comparée à celle des minorités allemande et hongroise. Ces deux minorités jouissent de presque tous les droits culturels et religieux, ce qui n'est pas le cas pour les Bulgares de Dobroudja et de Bessarabie. A l'exception de quelques villes de la Dobroudja, où il y a des écoles bulgares, par tout ailleurs, notamment dans les villages, il n'y en a pas une seule. De même les églises sont presque partout désservies par des prêtres roumains.

Et puis, dans la Dobroudja Nouvelle, il faudra qu'on redresse les injustices commises envers la population rurale bulgare et turque, à laquelle on a enlevé, sans aucune indemnité, une grande partie de leurs terres labourables et cela, en vertu de la loi inique sur l'organisation de la province.

Les déclarations de M. Penkov ne peuvant engager que lui-même personnellement. Il n'a pas parlé à Bucarest en sa qualité de représentant de la minorité bulgare, mais en celle de représentant du parti national-roumain, dont il est un des membres importants.

La minorité bulgare de Roumanie, conclut le „Novo Edinstvo" ne peut attendre l'amélioration de son sort que de l'organisation de son propre parti national. Et c'est à cela que doivent tendre tous ses efforts, en prenant comme exemple les minorités allemandes et hongroises. Si ces minorités jouissent d'une meilleure situation que les autres minorités, c'est grâce à leurs organisations politiques.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Karl C. von Loesch: Das Antlitz der Grenzlande.

Ein wundervolles, 100 Seiten umfassendes Werk in Quartformat wurde uns zugeschickt, welches mit 150 tadellosen Reproduktionen auf feinstem Chromopapier die Kultur jener in geschlossenen Siedelungen lebenden Deutschen vorführt, welche

aus deutschem Willen, Wissen und deutscher Kraft entstand und welche gegenwärtig fremder Herrschaft gehorcht. Dem Vorwort des Buches entnehmen wir, dass dieser Band nur der erste Teil des grossen Werkes ist, dessen Ziel die Darstellung der Gesamtkultur sein wird.

Mit Bewunderung betrachten wir die prachtvolle Ausstattung, die Vollkommenheit der Abbildungen, den kunstvollen Druck. Bewundernd, aber auch neidvoll. Denn wie viel Geld muss jener Nation zum Erlangen nationaler Ziele verfügbar sein, wenn diese die kulturellen Schöpfungen ihrer, das Minderheitenlos tragenden Brüder in so prächtigem Gewand vor die Öffentlichkeit bringt.

Auch innerhalb ungarischer Ansiedelung unter fremden Imperien finden wir nur zu viele solche Kulturschöpfungen, die aus ungarischem Geist und Fleiss entstanden, aus denen man ebenso der Welt ein Prachtwerk vorlegen könnte, doch niemand dächte daran, dass dieser unglücklichen Nation jemals zu solchen Zwecken Geldmittel zur Verfügung stehen.

Die grosse deutsche Nation mag es mit Stolz erfüllen, dass innerhalb ihres Mutterlandes solche soziale Organisationen tätig sind, die zur Förderung ihrer ausserhalb lebenden Nationsbrüder derartige Werke schaffen können.

Das Werk erscheint in drei Teilen zu je M. 5.50, dessen erster Teil „Nordosten" genannt ist. Die beiden anderen Bände, „Süden und Südosten" und „Norden und Westen" sollen in Bälde folgen. Die Anlage des Werkes ist etwas völlig Neues und in der Tat vorbildlich. Wir sehen im obengenannten Teilband den Osten von Ratibor über Posen und Danzig über das Kurische Haff bis Nimmersatt in Fern- und Nahaufnahmen von vollendeter Schönheit und zwingender Eigenart: Naturlandschaft und Kulturlandschaft, die alte und die neue Grenze, Mensch und Tier, Geschichte und Gegenwart, Stätten der Arbeit, blühende Landschaft, sterbende Städte. Diesem Bilderteil von grösster Schönheit und Vielseitigkeit fügt sich in neuartiger Verbindung jeder Aufnahme beigegeben, Bildbeschreibung mit geschichtlichem, wirtschaftlichem und politischem Inhalt ein, welche die Eigenart, Schönheit, Geschichte und Volkstum der Grenzlande eindringlich vorführt. Die Zusammenhänge stellt ein laufender Text her. Eine Übersichtskarte erlaubt die mühelose Auffindung jedes Punktes. Alle Probleme der Grenzlande werden so von einem wahrhaft Berufenen dargelegt und nie ist die Schönheit des Ostens und der Reichtum seiner Kultur eindrucksvoller verkündet worden.

Das Werk ist in der Ausgabe F. Bruckmann-München erschienen.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.